

II-341 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 206/J

1976 -03- 05

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.BUSEK, Dr.GRUBER
und Genossen
an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Eingriff der Frau Bundesminister für Wissenschaft
und Forschung in die Pressefreiheit

Die Tendenz der sozialistischen Alleinregierung hinsichtlich der Disziplinierung von Medien tritt immer deutlicher zu Tage. Mit der Meinungsfreiheit nimmt man es spätestens seit der "Reformierung" des ORF in sozialistischen Kreisen nicht allzu ernst.

Erst kürzlich wurde dieser Eindruck in einem Interview der Frau Minister Firnberg in der Tageszeitung "Die Presse" vom 27.2.1976 wieder bestätigt.

In diesem Gespräch beklagte die Frau Minister die "konservative" Zusammensetzung der Redaktion des "Informationsdienstes für Bildungspolitik und Forschung" sowie des Vorstandes des Vereines, dem dieser Pressedienst gehört. "So geht es nicht, daß wir zahlen und nichts zu reden haben", erklärte die Frau Minister im weiteren. Um auch dieses Medium in den Griff zu bekommen, will die Frau Minister Firnberg verlangen, daß ein Mann ihres Vertrauens als stellvertretender Chefredakteur eingesetzt wird. "Es muß ja kein penetranter Sozialist sein", sagte Firnberg, "aber doch jemand, der unsere Interessen wahrnimmt."

Nachdem das Gespräch darin gipfelte, daß die Frau Minister andeutete, daß es in ihrer sowie in der Macht des Bundesministers für Unterricht und Kunst läge, dem "IBF" den "Geldhahn abzdrehen", kann kein Zweifel darüber bestehen,

daß die Frau Minister diese Äußerungen nicht als Privatperson, oder etwa als Vorsitzende der sozialistischen Frauenbewegung, sondern in der Eigenschaft als Bundesminister für Wissenschaft und Forschung gemacht hat. Schließlich steuert ja dieses Ministerium aus Steuergeldern die Subventionen für den unabhängigen Pressedienst bei und nicht, wie aus den oben zitierten Äußerungen vermutet werden könnte, die Sozialistische Partei Österreichs.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

- 1) Stimmen Zeitungsmeldungen, wonach Sie unter Umständen beabsichtigen, die finanzielle Unterstützung des Vereines "Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik", dem der Pressedienst "IBF" gehört, einzustellen?
- 2) Wenn ja, welche konkreten Tatsachen sprechen gegen eine weitere finanzielle Unterstützung des Vereines "Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik", dem der Pressedienst "IBF" gehört?
- 3) Werden Sie hinkünftig Subventionen, die ja immerhin aus Steuergeldern finanziert werden, nur mehr an Institutionen vergeben, die dies mit "Regierungsfreundlichkeit" und Wohlverhalten danken?
- 4) Nach welchen Kriterien werden von Ihrem Ressort überhaupt Subventionen vergeben?